

Aufschlußreich, da aus einer interessanten Perspektive betrachtet und eine wenig genutzte Quellengattung aufgreifend, sind die Beiträge über die Tagebuchaufzeichnungen eines Hüttenmeisters, dessen anfängliche Wertschätzung für Stumm in den vier Jahren zwischen 1898 und 1902 schließlich in Ablehnung und Verachtung umschlägt, sowie über Stumm-Darstellungen in sozialdemokratischen Karikatur- und Satirezeitschriften.

Der Band über »Stumm in Neunkirchen« bestätigt die bisherigen Forschungsergebnisse zu Fragen der Industrialisierung, der Unternehmerherrschaft und des Arbeiterlebens im 19. Jahrhundert. Weitergehende analytische oder vergleichende Fragestellungen wurden, wohl vor dem Hintergrund der Zielgruppe eines breiten Publikums, nicht aufgeworfen und bleiben somit ein Desiderat der historischen Forschung.

*Christian Kleinschmidt, Bochum*

Karl Liedke, »... aber politisch unerwünscht.« Arbeitskräfte aus Osteuropa im Land Braunschweig 1880 bis 1939, Arbeitskreis Andere Geschichte, Braunschweig 1993, 182 S., brosch., 24 DM.

Die über hundertjährige Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland ist in den letzten Jahren nicht zuletzt auch durch die aktuellen Migrationsfragen zu einem wichtigen Gegenstand sozialgeschichtlicher Forschung geworden. Liedkes Dissertation, die aus einem Forschungsprojekt in Braunschweig entstanden und von Zbigniew Kwasny in Wrocław betreut worden ist, untersucht auf der Grundlage eines breiten Quellenmaterials aus deutschen und polnischen Archiven die Ausländerbeschäftigung in einem deutschen Kleinstaat, der zwar nicht zu den wirtschaftlichen Zentren des Reiches gehörte, in dem aber ausländische Arbeiter vor allem im Kaiserreich eine wichtige Rolle spielten. 1913 waren im Herzogtum Braunschweig 10 800 ausländische Arbeiter beschäftigt, die mehrheitlich in der Landwirtschaft tätig waren und etwa zu 75 % aus polnischen Gebieten kamen. Liedke analysiert zunächst die Ursachen der um 1880 einsetzenden Ausländerbeschäftigung, die in der in Deutschland nicht mehr zu deckenden Nachfrage nach billigen landwirtschaftlichen Arbeitskräften lagen. Wichtigste Bereiche der ausländischen Erwerbstätigkeit waren der Anbau und die Verarbeitung von Zuckerrüben, aber auch in Braunkohlengruben, Steinbrüchen und Jutefabriken fanden polnische Arbeiter Beschäftigung. In den folgenden Abschnitten liefert der Verfasser ein sehr anschauliches Bild von den Lebensverhältnissen der zwischen 1880 und 1914 in Braunschweig beschäftigten Polen. Geschildert werden nicht nur die harten Arbeitsbedingungen, die vielfach als skandalös eingestuften Wohnverhältnisse und die bis in die Reihen der Sozialdemokratie aufkommenden Widerstände gegen die Beschäftigung der meist sehr abschätzig beurteilten polnischen Arbeiter. Liedke widmet sich darüber hinaus auch ausführlich den Organisationsversuchen der polnischen Arbeiter, die schon vor 1900 zu ersten polnisch-katholischen Arbeitervereinen führten. Er geht auf die Auseinandersetzungen um die Polenseelsorge ein und behandelt die Arbeitskämpfe, mit denen polnische Arbeiter eine Verbesserung ihrer sozialen Lage zu erreichen suchten. 1890 gab es auf der Grube Offleben einen der ersten polnischen Arbeitskämpfe in Deutschland. Im ländlichen Bereich war der Kontraktbruch das wichtigste Mittel, sich der Willkür von Arbeitgebern zu entziehen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Fragen der staatlichen Ausländerpolitik, in denen das stark von Preußen abhängige Herzogtum Braunschweig 1901 als erster nicht-preußischer Staat des Deutschen Reiches die von der »Polonisierungsfurcht« geprägten Vorschriften über die Karenzzeit polnischer Landarbeiter übernahm, die eine ganzjährige Beschäftigung verhindern sollten.

Der zweite größere Abschnitt des Buches befaßt sich mit den veränderten Arbeits- und

Aufenthaltsbedingungen während des Ersten Weltkrieges. Nachdem es bei Kriegsbeginn zu Ausschreitungen der deutschen Bevölkerung gegen polnische Arbeiter gekommen war, viele Polen in Schutzhaft genommen und die restriktiven Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen noch verschärft worden waren, kam die staatliche Seite seit der Proklamation des Königreichs Polen den Interessen der polnischen Arbeiter mehr entgegen, weil sie dringend für die Kriegsproduktion gebraucht wurden. Eine durchgreifende Verbesserung wurde, wie Liedke vor allem am Beispiel der Domänenarbeiter zeigen kann, aber nicht erreicht. Die Verhältnisse während der Weimarer Republik, mit denen sich der Verfasser im dritten Teil beschäftigt, unterschieden sich in mehrfacher Hinsicht von denen des Kaiserreichs. Zum einen standen nicht mehr Fragen der antipolnischen Abwehrpolitik, sondern Fragen der Arbeitsmarktpolitik im Vordergrund des staatlichen Handelns. Zum anderen war die Zahl der ausländischen Arbeiter durch die wirtschaftliche Krisenlage und die Bestimmungen der Demobilmachungspolitik rapide gesunken. In den 1920er Jahren waren durchschnittlich nur noch etwa 2000 ausländische Arbeiter im Freistaat Braunschweig beschäftigt. Zwar verbesserte sich die rechtliche Lage der polnischen Arbeiter durch einen 1927 zwischen Deutschland und Polen unterzeichneten, von der Forschung bislang kaum berücksichtigten Vertrag, doch die wenigen polnischen Arbeiter sahen sich einem wachsenden Druck staatlicher und auch gewerkschaftlicher Instanzen ausgesetzt, die angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen die Ausländerbeschäftigung reduzieren wollten. Während gerade die SPD-Regierungen den Inländerprimat durchzusetzen versuchten, forderten die Vertreter der konservativen Agrarverbände weiterhin polnische Arbeitskräfte an, weil selbst in wirtschaftlichen Notzeiten nicht genügend deutsche Arbeitskräfte für landwirtschaftliche Tätigkeiten zu finden waren. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise kam es dann aber auf breiter Front zum Abbau der Ausländerbeschäftigung und zu rigiden Ausweisungen polnischer Arbeiter.

Liedkes Untersuchung, die in knapper Form auch auf die innerpolnischen Ursachen der Erwerbsemigration eingeht und in einem Ausblick die Verhältnisse zwischen 1933 und 1939 einbezieht, kann insgesamt als eine gelungene Fallstudie zur Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland angesehen werden, deren Erkenntniswert sich nicht nur auf die Geschichte des Untersuchungsraumes beschränkt. *Hans-Werner Hahn, Jena*

Thomas Weichel, »Wenn dann der Kaiser nicht mehr kommt . . .«. Kommunalpolitik und Arbeiterbewegung in Wiesbaden 1890–1914, Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Wiesbaden 1991, 228 S., geb., 24 DM.

Welche Rolle konnte die Arbeiterbewegung in einer Stadt spielen, die sich selbst als »Weltkurstadt« verstand? Wiesbaden verkörperte zwischen 1890 und 1914 mit seiner aufwendigen Architektur, den Festlichkeiten und regelmäßigen Kaiserbesuchen wie kaum eine andere Stadt den prunkvollen Lebensstil der Reichen im wilhelminischen Deutschland. Als Folge der großen Anziehungskraft auf wohlhabende Kurgäste und Rentiers verdreifachte sich die Einwohnerzahl der Stadt zwischen 1866 und 1898; 1905 war mit 100 000 Einwohnern die Großstadtgrenze überschritten – und dies ohne nennenswerte Industrieansiedlung oder Eingemeindungen. Im Zentrum von Weichels Untersuchung steht daher die Frage nach dem Verhältnis zwischen der ungewöhnlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und der Kommunalpolitik, dem Charakter und den Chancen der Wiesbadener Arbeiterbewegung, den Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien sowie der Rolle der Sozialpolitik.

Einen wesentlichen Entwicklungsschub erhielt Wiesbaden, die ehemalige Hauptstadt